

Antifeministische Allianzen

*Hunderte Abtreibungsgegner*innen ziehen im Rahmen des zweiten „Marsch fürs Leben“ durch München*

Rund 1.850¹ Abtreibungsgegner*innen demonstrierten am Samstag, 19. März 2022 beim zweiten „Marsch fürs Leben“ in München gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Die vom Verein „Stimme der Stillen“ organisierte Demonstration hat sich innerhalb eines Jahres in der Szene etabliert und reiht sich nun in eine Vielzahl von Versammlungen der antifeministischen „Lebensschutz“-Bewegung in der bayerischen Landeshauptstadt ein.

Die Pläne der Ampel-Koalition, den Paragraphen 219a des Strafgesetzbuches zu streichen und den Zugang zu seriösen Informationen zum Schwangerschaftsabbruch zu erleichtern, hatten im Vorfeld des Marsches in der Szene der Abtreibungsgegner*innen für Aufregung gesorgt. In ihrer Rede beim „Marsch fürs Leben“ kommentierte die antifeministische Publizistin Gabriele Kuby die geplanten Liberalisierungen nun mit den Worten: „Wir stürzen in die Barbarei und nennen es Fortschritt.“ Die teils hitzig geführten Debatten haben offenbar mobilisierend gewirkt und so beteiligten sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als doppelt so viele „Lebensschützer*innen“ am „Marsch fürs Leben“ in München. Der hiesige Marsch könnte sich damit – neben dem Berliner „Marsch für das Leben“ – zur zweiten großen Veranstaltung der „Lebensschutz“-Bewegung in Deutschland entwickeln.



„Post-Abortion-Syndrom“ und „Hallelu-Ja“

Zwischen Auftakt- und Abschlusskundgebungen auf dem Königsplatz gab es einen sehr kurzen Aufzug über Luisenstraße, Gabelsberger Straße, Barer Straße und Karolinenplatz. Das rund dreistündige Programm bot keine Überraschungen.

Silja Fichtner (München), erste Vorsitzende des veranstaltenden Vereins „Stimme der Stillen“, verlas die Grußworte von Erzbischof Nikola Eterović (Apostolischer Nuntius, Berlin) und dem Passauer Bischof Stefan Oster und übermittelte deren Dank an die Teilnehmer*innen

¹ Diese Zahl weicht von den offiziellen Zahlen ab, da von uns nur Teilnehmer*innen über ca. 10 Jahren gezählt werden.

des Marsches. Die österreichische Anti-Choice-Aktivistin Theresa Habsburg (Wien) sprach über das sogenannte Post-Abortion-Syndrom. Dem von der Szene gepushten, medizinisch nicht belegten Krankheitsbild zufolge würden Menschen, die abtreiben, anschließend zwangsläufig unter Depressionen oder Essstörungen leiden. Habsburg gab sich in ihrer Ansprache davon überzeugt, dass eine „Abtreibungsindustrie“ diese Folgen verschweige, denn Abtreibung sei „ein gutes Geschäft“, für das die Medien mit ihrer Berichterstattung werben würden.

Der Redner Pater Johannes von den Pasinger Passionisten bezeichnete den Gegenprotest als „linksbunte Freunde“ und wie bei seinem Auftritt im letzten Jahr ließ er die Versammelten den Feminist*innen ein gemeinsames „Hallelu-JA“ zurufen. Die aus Genua angereiste Abtreibungsgegnerin Anna Bonetti konnte ihre Mitstreiter*innen mit einem in sehr holprigem Englisch gehaltenen Beitrag nicht motivieren: der Platz leerte sich vor Ende der Veranstaltung.

Die Veranstaltenden hatten Wert darauf gelegt, dass nur die von ihnen ausgegebenen blauen und gelben Pappschilder getragen werden. Entsprechend einförmig wirkte der Zug. An seiner Spitze ging eine Reihe junger Frauen mit dem gelben Fronttransparent, von den Veranstaltenden als „Bannermädeln“ bezeichnet. Der Start blauer und gelber Luftballons, die mit Propagandapostkarten versehen waren, misslang.



Für das Paradies auf Erden

Schwungvoller ging es beim Gegenprotest zu. Wie bereits im letzten Jahr organisierten antifaschistische und feministische Gruppen Proteste gegen den „Marsch fürs Leben“. Am Vorabend hatte bereits eine Demonstration „gegen Patriarchat und Polizei“ stattgefunden, bei der insbesondere Polizeigewalt im Kontext feministischer Proteste thematisiert wurde. Am Tag des Marsches gab es zwei Kundgebungen, die vom Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung und vom Bündnis „Für das Paradies auf Erden“ organisiert wurden. Darüber hinaus mischten sich feministische Aktivist*innen unter die Abtreibungsgegner*innen und blockierten den Demonstrationszug mit einem Banner. Einer etwa 40-köpfigen Gruppe gelang es zudem, den Marsch mit einer Sitzblockade kurzzeitig zu stoppen. „Wir haben versprochen, dass der „Marsch“ radikaler Abtreibungsgegner*innen nicht störungsfrei bleibt und konnten dieses Versprechen einhalten“, so Nina Stern, Pressesprecherin der Antisexistischen Aktion München in ihrer Pressemitteilung zum Aktionswochenende.

Vernetzungen werden sichtbar

Die „Lebensschutz“-Bewegung fühlt sich im Aufwind und ist – nicht erst seit der letzten Bundestagswahl – in einer Offensive. Veranstaltungen wie der „Marsch fürs Leben“ geben Einblicke in diejenigen Strukturen und Netzwerke, die gegen reproduktive Rechte (also die

Selbstbestimmung über den eigenen Körper) mobilisieren. Da es bei dem Thema zahlreiche ideologische Überschneidungen zu konservativen bis extrem rechten Kreisen gibt, verwundert es nicht, dass sich entsprechende Akteur*innen an der Demonstration in München beteiligten.

Die Mehrzahl der Demonstrant*innen stellen Mitglieder klassischer „Lebensschutz“-Vereine und rechtskatholischer Gruppierungen wie Regnum Christi, die Petrus- oder die Piusbruderschaft (letztere mitsamt der Jugendorganisation KJB), die z. T. in großen Gruppen anreisen. Rechtsklerikale Jugendgruppen und zahlreiche junge Familien brachten mehrere hundert Kinder und Jugendliche zur Anti-Abtreibungs-Demo mit.



Mit Moderator Christian Schumacher gaben die Organisator*innen einem AfD-nahen Funktionär eine Bühne. Schumacher war in den letzten Jahren Initiator und Macher einer AfD-Hochschulgruppe („Campus-Alternative“) an der LMU München, außerdem arbeitete er für den ehemaligen AfD-Bundestagsabgeordneten Johannes Huber.

Wie im vergangenen Jahr befand sich Hubert Gindert vom rechtsklerikalen „Forum Deutscher Katholiken“ unter den Teilnehmern und auch die rechte Kampagnenplattform „CitizenGo“ war mit eigenem Transparent vor Ort. Zudem wurde der Anwalt der „Alliance Defending Freedom International“, Tomislav Čunović gesichtet, der mit der christlich-fundamentalistischen Gruppierung „40 Tage für das Leben“ aus Frankfurt am Main angereist war.

Erstmals nahmen Mitglieder der extrem rechten „Burschenschaft Danubia“ (Deutsche Burschenschaft) sowie mindestens ein Mitglied der „Burschenschaft Franco Bavaria“ (ebenfalls München) am Marsch teil. Antifeminismus ist wesentliches Ideologiefragment der pflichtschlagenden Männerbünde, Schwangerschaftsabbruch lehnen sie ab.

Die Organisationen „Aktion Lebensrecht für Alle“ (ALfA), die „Christdemokraten für das Leben“ (CDL), „sundaysforlife“ und „ProLife Europe“ hatten auf dem Königsplatz kleinere Infostände aufgebaut.

Verteilt wurden neben diversen Materialien der Abtreibungsgegner*innen-Szene auch Broschüren, die die Impfungen gegen die Corona-Pandemie verteufeln. Wohlwollende mediale Begleitung erfuhr der „Marsch fürs Leben“ von einschlägigen Medien wie der Catholic News Agency, der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA, Radio Horeb oder dem aus der Szene der Pandemiegegner*innen hervorgegangenen deutsch-österreichischen Verschwörungssender „Auf1“. Unter den Teilnehmer*innen befand sich zudem Stefan Rehder, Redakteur der rechtskatholischen Wochenzeitung „Die Tagespost“.

Die Organisator*innen zeigten sich zufrieden und gaben bekannt, dass am 25. März 2023 der dritte „Marsch fürs Leben“ in München stattfinden soll. Es ist zu erwarten, dass es entsprechend auch wieder Gegenproteste geben wird.

Bild 1: Die antifeministische Publizistin Gabriele Kuby beim zweiten „Marsch fürs Leben“ in München.

Bild 2: Das Fronttransparent des diesjährigen „Marsch fürs Leben“ in München.

*Bild 3: Die Organisator*innen legen Wert darauf, dass nur die von ihnen ausgegebenen blauen und gelben Pappschilder getragen werden.*

Über die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München

Die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm) ist beim Feierwerk e. V. angesiedelt und seit 2009 Anlaufstelle für die Münchner Zivilgesellschaft, Multiplikator*innen der sozialen und politischen Bildungsarbeit, Fachnetzwerke, städtische Verwaltung und Kommunalpolitik. Wir informieren fortwährend über extrem rechte Entwicklungen in unserer Stadt, sensibilisieren für die Thematik und beraten zu möglichen Handlungsoptionen.